

Geschäftsverteilungsplan des Bundesfinanzhofs für das Geschäftsjahr 1972

A. Sachliche Zuständigkeit der Senate

I. Senat

1. Körperschaftsteuer,
2. Einkommensteuer, soweit es sich handelt um Einkünfte aus Gewerbebetrieb natürlicher Personen mit den Anfangsbuchstaben M—Z,
3. Einkommensteuer (einschließlich Steuerabzug vom Kapitalertrag und Lohnsteuer) von natürlichen Personen und einheitliche Gewinnfeststellung, soweit es sich um Fälle der beschränkten Steuerpflicht und um Fragen der Auslegung von Doppelbesteuerungsabkommen handelt und wenn die sich daraus ergebenden Fragen allein oder überwiegend zu beurteilen sind. Stehen andere Rechtsfragen von allgemeiner Bedeutung im Vordergrund, so ist der sonst nach dem Geschäftsverteilungsplan zuständige Senat zuständig.
4. Einheitliche Gewinnfeststellung, soweit es sich handelt um Einkünfte aus Gewerbebetrieb von Personengesellschaften mit den Anfangsbuchstaben N—Z,
5. Gewerbesteuer in den Fällen Nr. 1 bis 4,
6. Steuerabzug vom Kapitalertrag (einschließlich Pauschalsteuer nach § 6 Abs. 2 des Gesetzes über steuerrechtliche Maßnahmen bei Erhöhung des Nennkapitals aus Gesellschaftsmitteln und bei Überlassung von eigenen Aktien an Arbeitnehmer) in den Fällen der Nr. 1,
7. Zerlegung der Körperschaftsteuer,
8. Steuerabzug bei beschränkt Steuerpflichtigen nach § 50 a EStG.

II. Senat

1. Erbschaft- und Schenkungsteuer,
2. Grunderwerbsteuer,
3. Kapitalverkehrsteuern,
 - a) Gesellschaftsteuer,
 - b) Wertpapiersteuer,
 - c) Börsenumsatzsteuer,
4. a) Beförderungsteuer,
b) Gesetz zur Besteuerung des Straßengüterverkehrs,
5. Kraftfahrzeugsteuer,
6. Rennwett- und Lotteriesteuer,
7. Versicherungssteuer,
8. Feuerschutzsteuer,
9. Wechselsteuer,
10. Rentenbankgrundschuldensachen,
11. Ostmarkumtauschabgabe (Berlin),
12. Umstellung und Erstattung von Reichssteuern aus der Zeit vor dem 8. Mai 1945 (Berlin),
13. Spielbankabgabe,
14. Urkundensteuer des Saarlandes,
15. Vergnügungsteuer,
16. Hundesteuer.

III. Senat

1. Einheitsbewertung und Bodenschätzung,
2. Vermögensteuer,
3. Grundsteuer, einschließlich Baulandsteuer (Grundsteuer C),
4. Baunotabgabe,
5. Soforthilfeabgabe und Soforthilfe-Sonderabgabe,
6. Hypothekensicherungsgesetz (Umstellungsgrundschuldleistungen),

7. Lastenausgleichsabgaben:

- a) Vermögensabgabe,
 - b) Hypothekengewinnabgabe,
 - c) Kreditgewinnabgabe,
 - d) Feststellung von Vertreibungsschäden und Kriegsschäden,
 - e) Vermögensabgabe als Kriegsfolge,
8. Landwirtschaftskammerbeiträge, Landwirtschaftskammerumlagen, Landwirtschaftskammerabgaben nach landesgesetzlichen Vorschriften.

IV. Senat

1. Einkommensteuer, soweit es sich handelt um
 - a) Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft,
 - b) Einkünfte aus selbständiger Arbeit,
2. Einheitliche Gewinnfeststellung, soweit es sich handelt um Einkünfte
 - a) aus Land- und Forstwirtschaft und aus selbständiger Arbeit für alle Personengesellschaften,
 - b) aus Gewerbebetrieb nur für Personengesellschaften mit den Anfangsbuchstaben A—M,
3. Gesonderte Gewinnfeststellung für gewerbliche Betriebe,
4. Gewerbesteuer in den Fällen zu Nr. 2 und 3,
5. Zerlegung der Einkommensteuer.

V. Senat

1. Umsatzsteuer ausschließlich der Umsatzausgleichsteuer,
2. Sonderumsatzsteuer nach dem Absicherungsgesetz,
3. Getränkesteuer.

VI. Senat

1. Einkommensteuer, soweit es sich handelt um
 - a) Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit,
 - b) Sonderausgaben gemäß §§ 10, 10 b, 10 c EStG,
 - c) Zusammenveranlagung mit Kindern (insbesondere § 27 EStG 1963 und vorher),
 - d) Tarifvorschriften des § 32 EStG und der §§ 32 a — 32 c EStG 1955 ff., auch soweit die Zusammenveranlagung von Eheleuten (§§ 26, 26 b EStG 1955 ff. und § 26 c EStG 1969) wegen der Anwendung des Splittingtarifs streitig ist,
 - e) Außergewöhnliche Belastung (§§ 33 und 33 a EStG),
2. Lohnsteuer,
3. Zerlegung der Lohnsteuer,
4. Kirchensteuer,
5. Wohnungsbauprämien,
6. Sparprämien,
7. Bergmannsprämien,
8. Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer,
9. Vergünstigung für Arbeitnehmer in Berlin (West) nach dem Gesetz über Steuererleichterungen und Arbeitnehmervergünstigungen in Berlin (West) und nach den Berlinhilfe-(förderungs-)Gesetzen,

soweit nur
diese Fragen
streitig sind,

VII. Senat

1. Zollrecht (einschl. Zolllarif),
2. Abschöpfungsrecht (einschl. Abschöpfungstarif),
3. Ausgleichsabgaben zur Sicherung der deutschen Landwirtschaft,
4. a) Ausgleichsteuer,
b) Einfuhrumsatzsteuer und Vergütung nach dem Absicherungsgesetz,
5. Ausfuhrabgaben nach EWG-Recht,
6. Ausfuhrerstattungen,
7. Biersteuer,
8. Branntweinsteuer,
9. Branntweinausgleichsabgabe,
10. Essigsäuresteuer,
11. Gemeindeeinfuhrsteuer auf der Insel Helgoland,
12. Kaffeesteuer,
13. Leuchtmittelsteuer,
14. Mineralölsteuer,
15. Salzsteuer,
16. Schaumweinsteuer,
17. Spielkartensteuer,
18. Tabaksteuer,
19. Teesteuer,
20. Zuckersteuer,
21. Zündwarensteuer,
22. Branntweinmonopol,
23. Zündwarenmonopol
24. Berliner Ausgleichsabgabe,
25. Schankerlaubnissteuer,
26. Reichsabgaben- und Finanzgerichtsordnung sowie Steuerberatungsgesetz bei Streitigkeiten wegen
 - a) geschäftsmäßiger Hilfeleistung in Steuersachen,
 - b) Aufrechnung, wenn der Rechtsstreit ausschließlich die Aufrechnung betrifft (§ 124 AO),
 - c) Abrechnungsbescheide (§ 125 AO), wenn die Steuerfestsetzungen nicht bestritten sind,
 - d) Verfügungen (§ 91 AO), die nach § 202 AO erzwingbar sind, und die Androhung und Festsetzung von Zwangsmitteln (§ 202 AO),
 - e) Beitreibungsfragen (Rechtmäßigkeit von Pfändungen, Unpfändbarkeit von Gegenständen usw.), ausgenommen Arrestanordnung und Arrestvollzug,
 - f) Steuergeheimnis, wenn nur Fragen des Steuergeheimnisses umstritten sind,
 - g) Kosten, mit Ausnahme von Streitigkeiten allein über den Streitwert im Rahmen von Kostenfestsetzungsverfahren,
 - aa) auf Grund von Kostenfestsetzungen durch die Finanzbehörden,
 - bb) auf Grund von Kostenfestsetzungen durch die Kosten- bzw. Urkundsbeamten bei den Finanzgerichten,
 - cc) die landesrechtlich geregelt sind, soweit der Finanzrechtsweg für die Hauptsache eröffnet ist,
 - h) einstweiliger Anordnung, wenn kein Zusammenhang mit einer Steuer oder einem steuerrechtlichen Feststellungsverfahren besteht,
 - i) Entbindung vom Amt als ehrenamtlicher Finanzrichter.

VIII. Senat

1. Einkommensteuer, soweit es sich handelt um
 - a) Einkünfte aus Gewerbebetrieb für natürliche Personen mit den Anfangsbuchstaben A—L,
 - b) Einkünfte aus Kapitalvermögen,
 - c) Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung,
 - d) Sonstige Einkünfte,
 - e) Steuerbegünstigung des nicht entnommenen Gewinns (§ 10 a EStG),
 - f) Verlustabzug (§ 10 d EStG),
2. Einheitliche und gesonderte Feststellung der Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung,
3. Gewerbesteuer in den Fällen zu Nr. 1 a,

4. Investitionszulagen,
5. Steuerabzug vom Kapitalertrag, soweit nicht der I. Senat zuständig ist; Steuerabzug von Aufsichtsratsvergütungen.

Großer Senat

Fälle des § 11 Abs. 3 und 4 i. V. mit § 184 Abs. 2 Nr. 5 FGO.

Anmerkungen

I. Ausnahmeregelungen

1. Abweichend von der vorstehenden Geschäftsverteilung hat ein Senat auch über eine ihm nicht zugeteilte Steuerart mit zu entscheiden, und zwar
 - a) in den Fällen, in denen die Vorinstanz verschiedene Steuerarten in einer Entscheidung zusammengefaßt hat und keine materiell verschiedenen Rechtsfragen streitig sind,
 - b) in den Fällen, in denen die Vorinstanz nach Steuerarten getrennte Entscheidungen getroffen hat, aber nur eine Rechtsfrage streitig ist, über die einheitlich entschieden werden muß.
In diesen Fällen ist für die gesamte Sache der Senat zuständig, in dessen Aufgabengebiet die Steuerart mit dem höchsten Streitwert fällt.
2. Wenn der I., IV. oder VIII. Senat für Fälle zuständig ist, in denen Schätzungen von Einkünften dem Grunde oder (und) der Höhe nach streitig sind, so sind diese Senate auch zuständig, soweit in diesen Fällen die Schätzungen neben Einkünften auch den Umsatz betreffen. Ist außer über die Schätzung noch über eine andere umsatzsteuerliche Frage zu entscheiden, so ist hinsichtlich der Umsatzsteuer — auch wegen der Schätzung des Umsatzes — der V. Senat zuständig.

II. Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen dem I., IV., VI. und VIII. Senat

- a) Für Streitsachen mit mehreren Streitpunkten, von denen einer die Höhe des gewerblichen Gewinns betrifft, ist der I. oder der VIII. Senat zuständig.
- b) Für Streitsachen mit mehreren Streitpunkten, aber ohne den Streitpunkt nach vorstehendem Buchst. a), von denen einer die Höhe des Gewinns aus Land- und Forstwirtschaft oder aus selbständiger Arbeit betrifft, ist der IV. Senat zuständig.
- c) Für Streitsachen mit mehreren Streitpunkten, aber ohne Streitpunkte nach vorstehenden Buchst. a) und b), von denen einer die Steuerbegünstigung des nicht entnommenen Gewinns oder den Verlustabzug betrifft, ist der VIII. Senat zuständig.
- d) Für Streitsachen mit mehreren Streitpunkten, aber ohne Streitpunkte nach vorstehenden Buchst. a) bis c), von denen einer die Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit betrifft, ist der VI. Senat zuständig.
- e) Ist die Art der Einkünfte oder die Art der Ausgaben streitig, richtet sich die Zuständigkeit nach der Sachentscheidung der Vorinstanz. Hat diese über die Art der Einkünfte nicht entschieden, so richtet sich die Zuständigkeit nach der Entscheidung der Behörde.
- f) Ergibt sich die Zuständigkeit weder nach den Zuständigkeitsregelungen für Einkommensteuer bei dem I., IV., VI. oder VIII. Senat noch nach vorstehenden Ausnahme- und Abgrenzungsregelungen, so ist der Senat zuständig, in dessen Aufgabengebiet die überwiegenden Einkünfte fallen.
- g) Sofern die Geschäftsverteilung in Fällen der einheitlichen Gewinnfeststellung eine buchstabenmäßige Abgrenzung vorsieht, wird sie wie folgt vorgenommen:
Trägt die Firmenbezeichnung Familiennamen, so ist immer der erste Buchstabe des ersten Familiennamens maßgebend, in den übrigen Fällen ist immer der erste Buchstabe der Firmenbezeichnung maßgebend.
- h) Sofern die Geschäftsverteilung bei natürlichen Personen eine buchstabenmäßige Abgrenzung vorsieht, richtet sich die Zuständigkeit in den Fällen, in denen der Steuerpflichtige verstorben oder in Konkurs gefallen ist, nach dessen Familiennamen.

III. Reichsabgabenordnung und Finanzgerichtsordnung

- a) Die Fachsenate entscheiden über Fragen der Reichsabgabenordnung und der Finanzgerichtsordnung, soweit nicht die Zuständigkeit des VII. Senats (Nr. 26 des Aufgabengebiets des VII. Senats) gegeben ist. Das gilt auch hinsichtlich solcher Verfahren, die sich zwar aus dem Hauptverfahren

ergeben, mit diesem aber in keinem sachlichen Zusammenhang stehen (z. B. wegen Ordnungsstrafen gegen nicht erschienenen Zeugen).

Sind mehrere Streitsachen desselben Steuerpflichtigen anhängig, so ist zur Entscheidung zuständig

- 1) über Nichtzulassungsbeschwerden (§ 115 Abs. 3 FGO) der für die Sachfrage berufene Senat (Anmerkungen zum Geschäftsverteilungsplan I 1,2),
- 2) soweit ausschließlich über Fragen der Reichsabgabenordnung und der Finanzgerichtsordnung zu befinden ist, über die einheitlich entschieden werden muß (z. B. Wiederaufnahme des Verfahrens, Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, Rechtsmittelverzicht), der Senat, in dessen Aufgabengebiet die Steuerart mit dem höch-

sten Streitwert fällt (Anmerkungen zum Geschäftsverteilungsplan I 1).

- b) Die Säumniszuschläge werden — wie bisher — von den Senaten behandelt, die für die einzelnen Steuern zuständig sind.

IV. Saarland

Die saarländischen Steuern werden von denselben Senaten behandelt wie die entsprechenden Steuern in dem übrigen Teil der Bundesrepublik.

V. Übergangsregelung

Die auf Grund der ab 7. Juni 1971 geänderten Geschäftsverteilung auf einen anderen Senat übergehenden Sachen werden von dem übernehmenden Senat in dem Zustand übernommen, in dem sie sich befinden.

B. Besetzung der Senate mit Vertretungsregelung

I. Senat

Vorsitzender: Präsident Prof. Dr. v. Wallis
Regelmäßiger Vertreter: Bundesrichter Dr. Birkholz
Weitere Mitglieder: Bundesrichter Dr. Döllner
Bundesrichter Dr. Meßmer
Bundesrichter Beisse
Bundesrichter Dr. Woerner

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder

Bundesrichter Dr. Schmidt für die Bundesrichter
Dr. Birkholz und
Dr. Woerner
Bundesrichter Schellenberger für die Bundesrichter
Dr. Döllner
Dr. Meßmer und
Beisse

II. Senat

Vorsitzender: Senatspräsident Huhn
Regelmäßiger Vertreter: Bundesrichter Dr. Egly
Weitere Mitglieder: Bundesrichter Dr. Sigloch
Bundesrichter Dr. Nergert
Bundesrichter Dr. Günther
Bundesrichter Heise

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder

Bundesrichter Dr. Rid für die Bundesrichter
Dr. Egly, Dr. Günther und Heise
Bundesrichter Dr. Förger für die Bundesrichter
Dr. Sigloch und Nergert

III. Senat

Vorsitzender: Senatspräsident Dr. Ringleb
Regelmäßiger Vertreter: Bundesrichter Dr. Dopatka
Weitere Mitglieder: Bundesrichter Steinhardt
Bundesrichter Dr. Förger
Bundesrichter Dr. Rid
Bundesrichter Dr. Vogler

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder

Bundesrichter Dr. Stendel für die Bundesrichter
Dr. Dopatka, Dr. Förger und
Dr. Rid
Bundesrichter Dr. Döllner für die Bundesrichter
Steinhardt und Dr. Vogler

IV. Senat

Vorsitzender: Senatspräsident Dr. Grieger
Regelmäßiger Vertreter: Bundesrichter Dr. Gräber
Weitere Mitglieder: Bundesrichter Dr. Stendel
Bundesrichter Dr. Grimm
Bundesrichter Dr. Leingärtner
Bundesrichter Dr. Schmidt

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder

Bundesrichter Beisse für die Bundesrichter
Dr. Stendel, Dr. Leingärtner
und Dr. Schmidt
Bundesrichter Nissen für die Bundesrichter
Dr. Gräber und Dr. Grimm

V. Senat

Vorsitzender: Vizepräsident Wauer
Regelmäßiger Vertreter: Bundesrichter Prof. Dr. List
Weitere Mitglieder: Bundesrichter Voigt
Bundesrichter Linder
Bundesrichter Knopp
Bundesrichter Dr. Prugger

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder

Bundesrichter Pfeiffer für die Bundesrichter
Voigt, Knopp und Dr. Prugger
Bundesrichter Erdweg für die Bundesrichter
Prof. Dr. List und Linder

VI. Senat

Vorsitzender: Senatspräsident Barske
Regelmäßiger Vertreter: Bundesrichter Kessel
Weitere Mitglieder: Bundesrichter Dr. Siméon
Bundesrichter Görbing
Bundesrichter Reinert
Bundesrichter Nissen

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder

Bundesrichter Knopp für die Bundesrichter
Kessel, Dr. Siméon und Görbing
Bundesrichter Dr. Grimm für die Bundesrichter
Reinert und Nissen

VII. Senat

Vorsitzender: Senatspräsident Dr. Rahn
Regelmäßiger Vertreter: Bundesrichter Edsperger
Weitere Mitglieder: Bundesrichter Dr. Schwarz
Bundesrichter Mann
Bundesrichter Pfeiffer

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder

Bundesrichter Dr. Günther für die Bundesrichter
Edsperger und Dr. Schwarz
Bundesrichter Dr. Prugger für die Bundesrichter
Mann und Pfeiffer

VIII. Senat

Vorsitzender: Senatspräsident Dr. Littmann
Regelmäßiger Vertreter: Bundesrichter Rademacher
Weitere Mitglieder: Bundesrichter Schellenberger
Bundesrichter Dr. Ernst
Bundesrichter Dr. Hermstädt
Bundesrichter Erdweg

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder

Bundesrichter Dr. Leingärtner für die Bundesrichter
Rademacher, Dr. Ernst
und Erdweg
Bundesrichter Dr. Woerner für die Bundesrichter
Schellenberger und
Dr. Hermstädt.

Großer Senat

Vorsitzender: Präsident Prof. Dr. von Wallis

Bestellte Mitglieder:	Bestellte Vertreter:
1. Senatspräsident Dr. Grieger	Bundesrichter Dr. Grimm
2. Senatspräsident Dr. Ringleb	Bundesrichter Reinert
3. Bundesrichter Prof. Dr. List	Bundesrichter Dr. Egly
4. Bundesrichter Steinhardt	Bundesrichter Schellenberger
5. Bundesrichter Nissen	Bundesrichter Dr. Siméon
6. Bundesrichter Beisse	Bundesrichter Dr. Döllerer

Anmerkungen

1. Nach welchen Grundsätzen die Mitglieder an den Verfahren mitwirken, bestimmen die Vorsitzenden der Senate (§§ 8, 10 FGO).

2. Fehlt bei einem Senat mit mehr als fünf Mitgliedern bei einer Sitzung ein Richter, so tritt an seine Stelle der an sich für diese Sitzung nach der Regelung des Senatspräsidenten gemäß § 8 Abs. 2 FGO ausgeschlossene Richter. Fehlen bei einem Senat mit mehr als fünf Mitgliedern zwei Richter, so tritt der Vertreter des dienstältesten fehlenden Richters an dessen Stelle.
3. Im Falle der Verhinderung eines regelmäßigen Vertreters tritt der zweite für Mitglieder des gleichen Senats bestimmte regelmäßige Vertreter für ihn ein. Die weitere Vertretung regelt sich nach § 67 GVG.
4. Für den Fall der Verhinderung des Senatspräsidenten und dessen Vertretung durch den regelmäßigen Vertreter gilt dieser als fehlend.

C. Gemeinsamer Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes

I. Mitglieder kraft Gesetzes:

1. der Präsident des Bundesfinanzhofs
 2. die Präsidenten der beteiligten Senate des Bundesfinanzhofs
- Bei Verhinderung des Präsidenten tritt sein Vertreter im Großen Senat, bei Verhinderung des Präsidenten eines beteiligten Senats sein Vertreter im Vorsitz an seine Stelle.

II. Mitglieder durch Entsendung:

	Vertreter:
I. Senat:	
Bundesrichter Dr. Döllerer	Bundesrichter Dr. Meßmer
II. Senat:	
Bundesrichter Dr. Sigloch	Bundesrichter Dr. Egly
III. Senat:	
Bundesrichter Dr. Rid	Bundesrichter Dr. Förger
IV. Senat:	
Bundesrichter Dr. Gräber	Bundesrichter Dr. Grimm

V. Senat:

Bundesrichter Linder Bundesrichter Knopp

VI. Senat:

Bundesrichter Nissen Bundesrichter Dr. Siméon

VII. Senat:

Bundesrichter Edsperger Bundesrichter Dr. Schwarz

VIII. Senat:

Bundesrichter Rademacher Bundesrichter Schellenberger

Großer Senat:

Bundesrichter Beisse Bundesrichter Steinhardt

Ist auch der namentlich benannte Stellvertreter des zu entsendenden Richters verhindert, so tritt ein anderes Mitglied des beteiligten Senats jeweils in der Reihenfolge des Dienstalters (nächstälteste) in den Gemeinsamen Senat ein.